

A 1 TOP 7.1 Leitbild Solidarität – jetzt erst recht!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

1 **Antragsteller:**

- 2
- Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.

3 **Adressat*innen:**

- 4
- Mitgliedsverbände des Landesjugendringes

5 Die Vollversammlung möge das Leitbild beschließen:

6

7 In Zeiten von Krisen und kontinuierlich steigendem Rechtsextremismus, beobachten
8 wir, der Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V., eine Verrohung der Gesellschaft
9 und die Polarisierung gesellschaftlicher sowie politischer Diskurse. Wir nehmen
10 wahr, dass die Solidarität gesamtgesellschaftlich abnimmt, sei es in Debatten,
11 zwischen den Generationen, zwischen den Geschlechtern als auch zwischen sozialen
12 Lebensrealitäten. Das gefährdet nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt,
13 sondern auch unsere Demokratie!

14

15 Hate Speech und Desinformation, sowie teilweise eine mediale Berichterstattung,
16 die vermuten lässt, dass es stets zwei sich gegenüberstehende und nicht
17 miteinander vereinbare Seiten in einem Konflikt gebe, lassen Diskurse in unserer
18 Gesellschaft immer angespannter werden. Das kann nicht nur zu Konflikten und
19 Krisen führen, sondern schadet ebenso einer offenen Gesellschaft sowie der
20 mentalen Gesundheit.

21

22 In der Jugendverbandsarbeit arbeiten wir gemeinsam daran, dass sich dem
23 wachsenden Gegeneinander eine solidarische Gesellschaft des Miteinanders
24 entgegenstellt. Solidarität schafft Vertrauen und schützt die Demokratie!

25

26 Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V. setzt sich seit jeher für die
27 Solidarität in der Gesellschaft ein. Wir wollen, dass die Gesellschaft in allen
28 Bereichen solidarisch miteinander agiert, was man aus den [Positionspapieren des](#)
29 [Landesjugendringes](#) der letzten Jahre deutlich herauslesen kann.

30

31 Mit dem Leitbild Solidarität möchten wir dazu einladen, weitere Ideen, Anträge
32 und Initiativen zu starten, die zur Solidarität beitragen und eine gerechte
33 Gesellschaft gestalten.

34 **Wir sagen: Solidarität – jetzt erst recht!**

35

36 Wir wollen nach innen leben, was wir nach außen fordern:

37

- Vertrauen in gute Absichten

38

- Diskussion an der Sache

39

40

41

- Vermeintliche Unterschiede überwinden: Empathie zwischen Gruppen
(unabhängig von Herkunft, sozialer Lage, religiöser Zugehörigkeit oder
(demokratischer) politischer Orientierung)

42

- Verantwortung übernehmen

43

- Zugewandtes, couragiertes Miteinander: Zuhören und Haltung zeigen

44

45

Dafür müssen folgende Bereiche konkret in den Fokus der Politik und der
Gesellschaft rücken:

46

1. Soziale Ungleichheiten müssen entschieden bekämpft werden!

47

2. Bildung für Demokratie und soziale Kompetenzen müssen gestärkt werden!

48

3. Ehrenamt und Engagement müssen stärker unterstützt und gefördert werden!

49

50

4. Politische und gesellschaftliche Debatten müssen respektvoll und fair
ablaufen!

51

52

5. Politische Beteiligung junger Menschen muss im Sinne der
Generationengerechtigkeit gestaltet und gefördert werden!

53

54

6. Solidarität und Unterstützung leben statt Ausgrenzung und persönlichem
Eigennutz!

55

56

7. Die psychische Gesundheitsversorgung muss ausgebaut und entstigmatisiert
werden!

57 8. Für ein respektvolles Miteinander eintreten: Gemeinschaft statt
58 Vereinzelung!

59 Unsere Demokratie braucht mehr Zusammenhalt, Engagement und Solidarität!

A 2 TOP 7.2 Mentale Gesundheit junger Menschen in den Fokus rücken!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

1 **Antragsteller:**

- 2 • Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.

3 **Adressat*innen:**

- 4 • Landesregierung
5 • Landespolitik

6 **Position**

7 Einsamkeit, Leistungsdruck, Armut, fehlende Unterstützung sowie Aufwachsen in
8 Krisen, wie z. B. Kriege, Klimaschäden und Zukunftsängste – all das sind
9 Faktoren, die die psychische Gesundheit junger Menschen aktiv gefährden. Dem
10 gegenüber steht eine unzureichende Versorgung mit Hilfsangeboten – insbesondere
11 in Rheinland-Pfalz. Der Kindergesundheitsbericht 2025 der Stiftung
12 Kindergesundheit warnt vor immer weiter steigenden psychischen Belastungen und
13 zeigt auf, dass die Versorgungslage an Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen
14 in Rheinland-Pfalz besonders prekär ist.¹ Rheinland-Pfalz belegt bundesweit den
15 letzten Platz!

16
17 Vor diesem Hintergrund erscheint die aktuelle Entwicklung der Absenkung von
18 Honoraren für Psychotherapeut*innen problematisch. Bereits die Ausbildung ist
19 mit erheblichen finanziellen Belastungen verbunden. Zudem ist der Erwerb eines
20 Kassensitzes mit hohen strukturellen und finanziellen Hürden verbunden, ebenso
21 wie dessen langfristige Aufrechterhaltung.
22 Eine Reduzierung der Vergütung birgt das Risiko, die wirtschaftliche
23 Tragfähigkeit bestehender Praxen weiter zu beeinträchtigen. Es besteht die
24 Gefahr, dass sich die Versorgungssituation weiter verschlechtert, da bestehende
25 Kapazitäten nicht gehalten werden können.
26
27

28

29 Es braucht dringend nachhaltige Verbesserungen in den Hilfsangeboten für junge
Menschen!

30 Daher fordern wir:

- 31 • Eine flächendeckende Versorgung durch Kinder- und
32 Jugendpsychotherapeut*innen, insbesondere auch im ländlichen Raum, ergänzt
33 durch entsprechende Angebote der psychosozialen Versorgung.

- 34 • Einen Ausbau digitaler Hilfsangebote.

- 35 • Hilfsangebote, **die zeitnah und unabhängig von der finanziellen Situation**
36 in Anspruch genommen werden können.

- 37 • Präventionsangebote, die auf die Entwicklungsphasen der Kinder und
38 Jugendlichen abgestimmt sind (siehe Kindergesundheitsbericht 2025).

- 39 • Finanzielle Absicherung zur Sicherstellung von Hilfsangeboten, u. a. durch
40 auskömmliche Honorare für Therapeut*innen.

- 41 • Entstigmatisierung des Themas "Mentale Gesundheit" durch flächendeckende
42 Aufklärung.

- 43 • Das Mitdenken und Versorgen junger Menschen durch die Politik in allen
44 Bereichen, insbesondere wenn junge Menschen direkt betroffen sind.

Begründung

45 Begründung:

46

47 Kinder und Jugendliche sind heutzutage vielfältigen Stressoren ausgesetzt, die
48 Druck auf ihre mentale Gesundheit ausüben. Neben stetig steigendem
49 Leistungsdruck, den Bewertungen aus sozialen Medien, Nachrichten zu Konflikten
50 und Kriegen, Klimawandel, einem angespannten Arbeits- und Wohnungsmarkt,
51 aufsteigendem Rechtspopulismus und einer immer tiefergreifenden Spaltung der
52 Gesellschaft sind auch noch die Nachwirkungen der Corona-Pandemie spürbar. Noch
53 immer steht es um die psychische Gesundheit junger Menschen schlechter als vor
54 der Corona-Pandemie.² Junge Menschen haben einen großen Teil ihrer Kindheit und
55 Jugend in Isolation verbracht, von der sie sich teilweise bis heute noch nicht
56 erholen konnten. Das Wohlbefinden wird zwar nicht mehr direkt durch die Corona-
57 Pandemie beeinträchtigt, aber an ihre Stelle treten diverse Ängste, ausgelöst
58 durch Kriege und die Klimakrise.²

59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95

In Rheinland-Pfalz ist die psychische Versorgungslage bundesweit besonders schlecht für junge Menschen. Der Kindergesundheitsbericht 2025 warnt vor kontinuierlich steigenden psychischen Belastungen und sieht bundesweit einen „erhebliche[n] Bedarf an Weiterentwicklung“. Fatal ist, dass Rheinland-Pfalz die niedrigste Dichte für Fachärzt*innen aufweist und hier damit die Lage besonders angespannt ist.¹ Insbesondere in ländlichen Gebieten fehlt es an zeitnah verfügbaren und örtlich erreichbaren Angeboten.

Dabei sind besonders die Kinder und Jugendlichen betroffen, die sozioökonomisch benachteiligt sind.² Auch Einsamkeit spielt in diesem Kontext eine große Rolle und betrifft vermehrt Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte, Behinderung, Armutsgefährdung oder nicht cis-geschlechtlicher heterosexueller Identität.³ Nicht zu vernachlässigen sind auch die psychischen Belastungen, denen Kinder- und Jugendliche mit eigener oder familiärer Fluchterfahrung ausgesetzt sind. Im Hinblick auf psychologische Hilfsangebote müssen diese Faktoren berücksichtigt werden, um sie zugänglich und wirksam ausgestalten zu können.

Es müssen Hürden abgebaut werden, um psychische Hilfsangebote niedrigschwellig in Anspruch nehmen zu können. Auch das Elternhaus und die Lebensumstände dürfen kein Hinderungsgrund für Kinder und Jugendliche sein, adäquate psychologische Hilfe zu bekommen. Das bedeutet, dass folgende Punkte umgesetzt werden müssen:

- Hilfsangebote müssen zeitnah in Anspruch genommen werden können, und es dürfen keine langen Wartezeiten entstehen. Hierfür müssen ausreichend Fachpersonal und vielfältige Angebote bereitstehen.
- Die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeut*innen (insbesondere im ländlichen Raum) muss ausgebaut werden, um Wartezeiten zu verringern und eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten.
- Hilfsangebote müssen erreichbar sein. Dafür braucht es mehr Fachpersonal, vor allem im ländlichen Raum. Zudem muss der Anfahrtsweg gewährleistet werden (z. B. Kostenübernahme).
- Digitale Hilfsangebote müssen ergänzend ausgebaut werden.
- Es braucht Präventionsangebote, die auf die Entwicklungsphasen der Kinder und Jugendlichen abgestimmt sind (siehe Kindergesundheitsbericht 2025).
- Hilfsangebote dürfen für die Familien keine finanzielle Belastung sein.
- Über Hilfsangebote muss ausreichend informiert werden.

A 3 TOP 7.3 Prävention von Hate Speech und Schutz junger Menschen stärken!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

1 Antragsteller:

- 2
- Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.

3 Adressat*innen:

- 4
- Landesregierung
- 5
- Landespolitik

6 Position

7 Hate Speech – also menschenfeindliche, diskriminierende oder herabwürdigende
8 Äußerungen – ist für viele junge Menschen fester Bestandteil ihres Alltags
9 geworden, insbesondere in digitalen Räumen wie sozialen Netzwerken, Messenger-
10 Diensten und Online-Gaming-Umgebungen. Betroffen sind dabei vor allem junge
11 Menschen, die aufgrund tatsächlicher oder zugeschriebener Merkmale wie Herkunft,
12 Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder sozialem,
13 ökonomischem Status angegriffen werden.

14

15 Die Auswirkungen von Hate Speech auf junge Menschen sind gravierend. Studien und
16 Erfahrungen aus der Jugendverbandsarbeit zeigen, dass Hass und digitale Gewalt
17 zu psychischen Belastungen, Angstzuständen, Rückzug aus öffentlichen und
18 digitalen Räumen sowie zu einem Verlust an Selbstwirksamkeit führen können.
19 Darüber hinaus gefährdet Hate Speech die demokratische Kultur insgesamt, da sie
20 Teilhabe einschränkt, Meinungsvielfalt unterdrückt und antidemokratische
21 Einstellungen normalisiert.

22

23 Als Landesjugendring vertreten wir die Interessen junger Menschen und der
24 Jugendverbände im Land. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der Landespolitik an,
25 präventive Maßnahmen gegen Hate Speech zu stärken. Ziel muss es sein

26 Präventionsmaßnahmen und Schulungsangebote zum Umgang mit Sozialen Medien
27 langfristig und strukturell zu fördern und dadurch junge Menschen zu schützen
28 und sie gleichzeitig zu befähigen, selbstbewusst, solidarisch und demokratisch
29 zu handeln – online wie offline. Ausschließlich restriktive Maßnahmen, wie ein
30 Kompletterverbot von Social Media für Kinder unter 14 Jahren, erscheinen hingegen
31 nicht förderlich, um den Umgang mit der digitalen Gesellschaft zu erlernen und
32 sich später im Jugend- und Erwachsenenalter sicher in der digitalen Welt bewegen
33 zu können. Hate Speech ist kein Randphänomen, sondern eine ernsthafte Bedrohung
34 für das Aufwachsen junger Menschen und für den

35

36 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Prävention muss frühzeitig ansetzen, junge
37 Menschen stärken und klare politische Verantwortung übernehmen. Bereits jetzt
38 werden durch die Landesregierung einige Akteur*innen unterstützt. Im
39 Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
40 sind konkrete Maßnahmen gegen Hate Speech enthalten. Das unterstützen wir
41 außerordentlich.

42

43 Der Landesjugendring appelliert an die Landespolitik, gemeinsam mit der
44 Zivilgesellschaft nachhaltige und wirksame Maßnahmen zur Prävention von Hate
45 Speech weiter umzusetzen und damit ein klares Zeichen für den Schutz junger
46 Menschen, für Vielfalt und für eine lebendige Demokratie zu setzen.

47

48 Dazu braucht es folgende Maßnahmen:

49 1. Präventionsarbeit langfristig und strukturell fördern:

- 50 • Nachhaltige finanzielle Absicherung von Präventionsprojekten gegen Hate
51 Speech, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.
- 52 • Stärkung von zivilgesellschaftlichen Trägern, Jugendverbänden und
53 Fachstellen, die präventive Bildungs- und Beratungsarbeit leisten.
- 54 • Abkehr von kurzfristiger Projektförderung hin zu verlässlichen,
55 mehrjährigen Förderstrukturen.

56 2. Politische Bildung und Medienkompetenz ausbauen:

- 57 • Verankerung von Medienbildung, Demokratiebildung und
58 Antidiskriminierungsarbeit als Querschnittsaufgaben in Schule,
59 Jugendarbeit und Ausbildung.
- 60 • Qualifizierung von Fachkräften der Jugendarbeit sowie von Lehrkräften im
61 Umgang mit Hate Speech und digitaler Gewalt.

- 62 • Förderung von Peer-to-Peer-Ansätzen, in denen junge Menschen selbst zu
63 Multiplikator*innen ausgebildet werden.

64 3. Betroffene junge Menschen unterstützen und schützen:

- 65 • Ausbau niedrigschwelliger, jugendgerechter Beratungs- und Meldestrukturen
66 für Betroffene von Hate Speech.

- 67 • Sicherstellung psychosozialer Unterstützungsangebote für junge Menschen,
68 die Hass und digitale Gewalt erfahren haben.

- 69 • Sensibilisierung von Polizei, Justiz und Verwaltung für die besonderen
70 Lebenslagen und Bedürfnisse junger Betroffener.

71 4. Jugendbeteiligung und demokratische Teilhabe stärken:

- 72 • Aktive Einbindung junger Menschen in die Entwicklung von Strategien gegen
73 Hate Speech auf Landesebene.

- 74 • Unterstützung von Jugendprojekten, die sich für Solidarität, Vielfalt und
75 demokratische Werte einsetzen.

- 76 • Schutz und Förderung von digitalen Räumen, in denen junge Menschen sich
77 sicher austauschen und engagieren können.

- 78 • EU-Alternativen zu bestehenden Plattformen stärken

79 5. Verantwortung von Plattformen einfordern

- 80 • Einsatz der Landespolitik für eine konsequente Umsetzung bestehender
81 Regelungen zur Bekämpfung von Hate Speech im Netz.

- 82 • Unterstützung von Initiativen, die Transparenz, wirksame Meldeverfahren
83 und den Schutz junger Nutzer*innen auf digitalen Plattformen stärken.

84

85 Quellen:

86 JIM-Studie. (2025). JIM-Studie 2025. Jugend, Information, Medien.

87 Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger.

88 <https://mpfs.de/studie/jim-studie-2025/>

89 Goerdeler, B. (2020). Interview: Mit Medienpädagogik gegen Hass im Netz. Das

- 90 Portal der Kinder- und Jugendhilfe.
91 <https://jugendhilfeportal.de/artikel/mit-medienpaedagogik-gegen-hass-im-netz?utm>
92 Kentmen-Cin, C. (2025). Hate Speech on Social Media: A Systemic Narrative Review
93 of Political Science Contributions. Social Sciences, 14(10).
94 <https://www.mdpi.com/2076-0760/14/10/610?utm>
95 Obermaier, M. und Schmuck, D. (2022): Youths as targets: factors of online hate
96 speech victimization among adolescents and young adults. Journal of Computer-
97 Mediated Communication, 27(4).
98 <https://academic.oup.com/jcmc/article/27/4/zmac012/6648458?login=false&utm>
99 Die Landesregierung Rheinland-Pfalz. (2025). Landesregierung kündigt Strategie
100 zu Medienkompetenz und Orientierungsrahmen für digitale Endgeräte an Schulen an
101 [Pressemitteilung]. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz.
102 <https://www.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/spitzengespraech->
103 [sicherheit-beraet-ueber-mehr-schutz-von-kindern-und-jugendlichen-in-der-](https://www.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/spitzengespraech-)
104 [digitalen-welt-landesregierung-kuendigt-strategie-zur-medienkompetenz-und-](https://www.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/spitzengespraech-)
105 [orientierungsrahmen-zur-nutzung-privater-digitaler-endgeraete-an-schulen-an?utm](https://www.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/spitzengespraech-)
106 Medienanstalt Rheinland-Pfalz. (n.d.). Hassrede bekämpfen.
107 <https://medienanstalt-rlp.de/themen/hassrede-bekaempfen?utm>
108 Medienanstalt Rheinland-Pfalz. (2023). Neu bei klicksafe: Hate Speech Flyer für
109 Jugendliche.
110 <https://medienanstalt-rlp.de/aktuelles/news/detail/jetzt-neu-flyer-fuer->
111 [jugendliche-zu-hate-speech?](https://medienanstalt-rlp.de/aktuelles/news/detail/jetzt-neu-flyer-fuer-)
112 Ministerium des Innern und für Sport. (n.d.) Contra Hass Rheinland-Pfalz. Stark
113 gegen Hass und Hetze. <https://kriminalpraevention.rlp.de/hass-hetze?utm>